

DEUTSCHE MORGENAUSGABE

Bezugspreis:

frei ins Haus monatlich 4,— Mark.
Einzelnummer 30 Pfg.
Bestellungen sind an die Expedition
Brotbänkengasse Nr. 14, zu richten.

GAZETA DZIENNIK GDANSKI



Nr. 12

Danzig, den 17. Dezember 1921

I. Jahrg.

Die Behandlung der deutschen Minderheit durch Polen in der Schulfrage.

Auf der Donnerstagsitzung des Danziger Volksrates entkräfzte der polnische Abgeordnete Dr. Kubacz die Vorwürfe, welche die einzelnen deutschen Abgeordneten und auch die bekannte Frau Kalähne in der „Danziger Allgem. Zeitung“ gegen die polnische Regierung erhoben hatten. Von deutscher Seite ist nämlich der polnischen Regierung vorgehalten worden, dass in Ortschaften Polens denen weniger als 40 deutsche Kinder sind, keine Schulen eingerichtet worden sind, dass die deutschen Lehrer in Polen gezwungen werden das Land zu verlassen oder so lange chikaniert werden, bis sie das Land verlassen u. dergl. mehr.

Der Abgeordnete Kubacz stellte fest, dass allein in dem einzigen Kreise Stargard in fünf Ortschaften die polnische Regierung evangelische Schulen für 5—13 deutsche Schulkinder eingerichtet hat, dass es in einem anderen Kreise in 11 Ortschaften evangelische Schulen gibt, die von 5—37 deutschen Schulkindern besucht werden.

Ausserdem sind in Polen recht viele deutsche Schulen, in denen die Zahl der Schulkinder 40 übersteigt. Alle diese Schulen werden vom polnischen Staate oder von den Gemeinden unterhalten, und nicht etwa aus Privaten Stellen. Deutsche Zeitungen pflegen jedoch von 250 000 deutschen Schulkindern in Pommerellen zu schreiben, von denen allein 150 000 überhaupt keinen deutschen Schulunterricht erhalten. In Wirklichkeit beläuft sich die Zahl der schulpflichtigen Kinder überhaupt also der polnischen wie der deutschen zusammengekommen in Pommerellen nur auf 162 000, worunter nur 40 000 deutsche Kinder vorhanden sind.

Wie tolerant die polnische Regierung ausserdem in religiöser Beziehung ist, geht z. B. daraus klar hervor, dass sie im Kreise Soldau, wo die evangelische Bevölkerung in der Mehrzahl ist, einen evangelischen und nicht etwa einen katholischen Schulinspektor angestellt hat.

So ist aus obigem denn klar zu sehen, dass Polen die Vorschriften des Friedensvertrages betr. der deutschen u. religiösen Minderheit loyal erfüllt. Dass sie das auch ohne Vorschriften eines Friedensvertrages tun würde, zeigt die ganze Geschichte Polens, die stets reich an religiöser und nationaler Toleranz gewesen ist. Einen Vergleich hält jedenfalls der preussische Hakenkreis nicht aus.

Aber die polnische Regierung geht noch weiter, sie ist selbst in weitestem Masse tolerant, in der Frage der deutschen Schulen, wo der Friedensvertrag keinerlei Verpflichtungen auferlegt hat.

Auf dem Gebiet des mittleren und höheren Schulwesens billigt die polnische Regierung den Deutschen mehr zu, als der Friedensvertrag vorschreibt, denn sie gibt den Deutschen deutsche Gymnasien mit deutscher Unterrichtssprache und deutschen Lehrern.

Allerdings sind diese Gymnasien keine Brutstätten eines gegen alles Polnische kämpfenden nationalen Chauvinismus wie sie es unter Preussen im Verhältnis zur polnischen Kultur waren. Die deutschen Schulen in Polen haben nicht den Zweck, zu polonisieren oder die Kinder der deutschen Kultur zu entfremden, aber die Wahrheit über Polen ausser den rein wissenschaftlichen und

pedagogischen Zwecken zu vermitteln und der Völkerversöhnung und gegenseitigen Achtung zu ebnen.

Die Unterrichtssprache ist die deutsche, in polnischer Sprache wird nur polnische Grammatik, Geschichte und Geographie gelehrt.

Es steht jedoch den Deutschen in Polen frei, ausser diesen staatlichen deutschen Schulen noch private deutsche Schulen in Polen ins Leben zu rufen. In Pommern allein gab es solcher deutschen Privatschulen (Gymnasien) 5 im vorigen Jahre, für die Einrichtung weiterer deutschen Schulen in Dirschau und Konitz hat das polnische Provinzialschulkollegium bereits die Erlaubnis erteilt.

Einer deutschen Schule, die loyale verfährt und nicht gegen die Landesgesetze verstösst, droht in Polen überhaupt keine Gefahr.

Einen prachtvollen und gewiss auch vom deutschen Standpunkt nicht verdächtigen Kommentar zu den Schulverhältnissen in Polen liefert übrigens der „Offene Brief“ des deutschen Lehrers Willi Damaschke aus Bromberg an den deutschen Volkstagsabgeordneten Herrn Friedrich in Danzig, der in Nr. 15 der Zeitschrift „Deutsche Schulzeitung in Polen“ veröffentlicht worden ist.

In diesem Briefe bespricht Herr Willi Damaschke die masslosen Angriffe des Herrn Friedrich gegen Polen und schreibt u. a.:

Sie sind falsch unterrichtet Herr Abgeordneter! Freilich können wir uns nicht in allen Punkten mit der polnischen Minderheitspolitik einverstanden erklären, aber Ihre Behauptung stellt dem doch die Tatsachen auf den Kopf. Es ist nicht wahr, dass die deutschen Lehrer „fast restlos“ durch die Regierungsbefehle oder Schikanen zur Auswanderung gezwungen worden seien; es ist nicht wahr, dass die polnischen Behörden an die Lehrer Zumutungen gestellt haben, deren Erfüllung sie zu Gesinnungsakrobaten gemacht hätte; es ist nicht wahr, dass nur „einige wenige“ deutsche Lehrer im abgetretenen Gebiet tätig sind. Annähernd Tausend Volksschullehrer und Hunderte von Oberlehrern stehen noch in Posen und Pommerellen auf dem Katheder“.

Es wäre unverantwortlich und im höchsten Grade undankbar, wenn man die hiergebliebenen Lehrer als „Gesinnungsaproben“ brandmarkt, weil sie den polnischen Dienstid geschworen haben.

Und warum sollten sie einem Staate, der ihnen die Selbsterhaltung und Entwicklung ihres Volkstums verbürgt, nicht den Bürgereid schwören? Dass sie polnische Staatsbürger sind, hindert sie nicht, gute Deutsche zu sein.

Die deutschen Lehrer können in Polen treu zu ihrem Volkstum stehen, sie können in ihren Schulen die jungen Volksgenossen hinführen an die Quelle aus der sich alle Stammesart labt und nährt, und sie wollen auch dem deutschen Volke in Polen und seiner Schule die Treue halten.“

Deutlicher konnte die Wahrheit über die Schulverhältnisse der deutschen Minderheit in Polen nicht gesagt werden wie von diesem Vertreter von „Tausenden deutschen Lehrern und Hunderten deutschen Schulleitern“ in der Republik Polen.

hin können den Vertretern diese Rechnung in Oberschlesien zu repräsentieren“.

Der „Vorwärts“ hat mit Vorurteil sich an das Lesen unserer deutschen Morgenaußgabe herangemacht und in diesem Zustande mehr herausgelesen, als in Wirklichkeit darin gestanden hat. Auf die wenig sachliche Polemik eines nationalistisch schreibenden „sozialdemokratischen“ Blattes, dass aus dem angeführten Artikel nur gerade die Stelle aus dem Zusammenhang heraustriss, die ihm in seinem Kram passte, näher einzugehen, verloht sich nicht.

Liberaler Kurs in der polnischen Minderheitsfrage.

Im polnischen Außenministerium fand eine interministerielle Konferenz statt, an welcher Vertreter des Ministerratspräsidiums, des Kriegs-, Aussen-, Kultus- und Innenministeriums stattfanden. An den Beratungen, die eine Vereinheitlichung in der Minderheitenpolitik und ihre Fortführung in liberalem Geiste zum Ziele hatten, nahm auch der Wojewode von Nowogród, Herr Raczkiewicz, teil. Den Vorsitz führte der Direktor des politischen Departaments des Ministerrats, H. Witold Gielzyński.

Redaktion und Geschäftsstelle:

Danzig, Brotbänkengasse Nr. 14

Telefon Nr. 1866 Postscheck-Konto Nr. 1307

Bank-Konto: Bank Kwilecki, Potocki & Cie.

Danzig, Hundegasse Nr. 85

Es wurde eine Reihe von Beschlüssen gefasst, welche dem politischen Ausschuss des Ministerrats vorliegen werden sollen.

Die Konferenz kann als Anfang einer ganzen Reihe von Änderungen in der Politik Polens der ruthenischen, jüdischen und deutschen Minderheit gegenüber angesehen werden.

Die Autonomie Ostgaliziens.

Die „Widische Chwila“ aus Lemberg berichtet: „Die Arbeit der polnischen Regierung, die die Autonomie von Galizien beziehen will, sind beendet worden. Der Außenminister Skirmunt wird den einzelnen Parteivorsitzenden das Projekt vorlegen, um endlich einen endgültigen Beschluss in dieser Frage zu fassen und die Kompetenzen des Reichstages den ostgalizischen Gebieten gegenüber festzulegen.“

Es ist nicht ausgeschlossen, dass sich sodann Minister Skirmunt nach Paris begibt, um der Konferenz des Obersten Rates, der sich mit der ostgalizischen Frage beschäftigen wird, die polnischen Autonomiepläne vorzulegen und die Einwilligung der Grossmächte dazu zu erwirken.

Der polnische Gesandte in Paris, Graf Zamoyski, und der Gesandte in London, Dr. Wróblewski, sollen bereits Auftrag erhalten haben, die Ansichten der englischen und französischen Regierung über diese Reise Skirmunts festzustellen.

Die neue Wahlkreiseinteilung in Pommerellen.

Der Referent im polnischen Reichstagsausschuss, Buzek, hat auf Grund der während der letzten Volkszählung festgestellten Statistik einen neuen Vorschlag für die Wahlkreiseinteilung in Polen ausgearbeitet. Der Verfassungsausschuss beriet nunmehr über den Vorschlag Buzeks und beschloss Dienstag die Einteilung nach dem Projekt für Pommerellen und Posen zu billigen.

Pommerellen zerfällt hiernach, wie wir bereits in Kürze berichten konnten, in 3 Kreise zu 5 Mandaten und zwar:

I. Wahlkreis: Putzig, Neustadt, Karthaus, Berent, Dirschau, Stargard und Mewe.

II. Wahlkreis: Graudenz Stadt und Land, Schwetz, Tuchel, Konitz und Zempelburg.

III. Wahlkreis: Thorn Stadt und Land, Kulm, Briesen, Strasburg, Löbau und Soldau.

Berliner Börsenstimmungsbild.

Berlin, 16 XII. Die Note der deutschen Regierung an die Reparationskommission, worin um Stundung der nächsten Zahlungen ersucht wird, hatte am Vormittag im Devisenverkehr eine starke Nachfrage für hochwertige Devisen hervorgerufen und bewirkte, dass diese sprunghaft, der Dollarkurs beispielsweise auf 204, anzogen. An der Börse aber trat bereits vor der amtlichen Festsetzung der Devisenpreise wieder ein Rückschlag ein, sodass der Dollarkurs bis auf 193 und die anderen Plätze entsprechend zurückgingen. Die Wirkung dieser Vorgänge auf den Effektenmarkt war nicht sehr erheblich, wohl trat zum Teil infolge der überwiegenden Kaufaufträge des Publikums eine durchschnittliche Erhöhung des Kursstandes fast aller Dividendenpapiere im Grossverkehr um 50—60 % und vereinzelt etwas darüber ein. Doch liest sich die Unternehmenslust anscheinend durch die üblichen Erfahrungen der letzten Zeit im ziemlich engen Grenzen und bei der Zurückhaltung der berufsmässigen Kreise angesichts der noch ungeklärten Gesamtlage und der bevorstehenden Feiertage bröckelten die Kurse weiterhin unter stärkeren Schwankungen ab. Mit stärkeren Kurserholungen sind zu erwähnen Hösch 130 %, Türkentabak 40 %, Anglo, Guano und Stöhr je 150 %, Thale 175 %, Argo 200 %, Vgl. Telegraphen 225 %. Auch am Markte der unnotierten Werte erlahmte die Kauflust bei weiter abröhrenden Kursen späterhin. Am Rettenmarkte waren heimische Anleihe-Papiere im Kursstand im allgemeinen gut behauptet, teilweise aber abröhrend, wogegen Auslandsanleihen und von diesen besonders Mexikaner und Türk kräftig anzogen. Bei den zu Einheitskursen notierten Industriepapieren überwogen die Kaufaufträge, sodass überwiegend mit Kursbesserungen zu rechnen ist.

Polnische Noten

5,96

Dollar

193,80

Das „entwaffnete“ Deutschland.

Das Tatsachenmaterial des französischen Kriegsministers.

Unser Pariser Vertreter und Mitarbeiter, Herr Kazimierz Smogorzewski, übersendet uns einiges Postmaterial über die „Abrüstung“ Deutschlands, welches der französische Kriegsminister Lefevre der Deputationskammer in Paris unterbreitet hat.

Wir entnehmen hieraus folgende interessante Angaben:

„Deutschland, erklärte der französische Kriegsminister am 8. Dezember im Parlament, hat 7 Millionen ausgebildeter Männer zur Verfügung. Ihre Militärpassdokumente lagern bereit in den betreffenden Aemtern. Diese Männer gehören zumeist „Regimentsvereinen“, von denen jeder dem früheren Regiment entspricht, das auf Grund des Friedensvertrages aufgelöst werden musste. Viele dieser Regimentsvereine halten ihre Versammlungen einfach in den entsprechenden Kasernen ab wie z.B. Regimentsverein des Regts. 97.“

Ausserdem gibt es militärische Organisationen und Formationen wie Schupo, „Selbstschutz“, „Orgesch“ und andere Freikorps. Dieser letzteren ist die Rolle des ersten Grenzschutzes im Kriegsfall zugeschlagen bis die Reichswehrtruppen mobilisiert wären.

Die deutsche „Reichswehr“ betrachtet der deutsche Generalstab, der nur formell gelöst ist, d.h. „in Civil“ herumgeht, als Grundstock oder Kaders für eine Millionenarmee.

Der wirkliche deutsche Kriegsminister General von Seeckt (nicht etwa Gessler) schreibt in der Einleitung zur Operationsorder Nr. 2 vom 1. September d. Js.: „Diese Vorschriften sind für eine moderne Armee vorgesehen, die militärisch sehr stark ist, und nicht etwa für eine Armee von 100 000 Mann Reichswehr wie sie der Friedensvertrag vorschreibt.“

Weil die Alliierten die zur Mobilmachung längs des Rheins rotwendigen Eisenbahnlinien zum grössten Teil in ihrer Händen haben, hat Deutschland schon eine weitere rückwärts gelegene Linie Bremen—Stuttgart für diese Zwecke ausersehen, neue Gleise zu der einen zugebaut, Verkürzungen vorgenommen und besonders die Gegend um Stuttgart, gewiss ein Hauptkonzentrationslager gegen den Westen, für Mobilmachungszwecke ausgebaut.

Um die Inneneinrichtung der Gewehrfabrik.

Am 9. d. Mts. hat bekanntlich die Interalliierte Kommission für die Verteilung des ehem. deutschen Staats-eigentums in Danzig eine Auslegung ihres Entschiedes vom Juli über die Inneneinrichtung der Danziger Gewehrfabrik veröffentlicht. Aber selbst diese erneute Auslegung und Erklärung hat die gegensätzlichen Auffassungen, die auf Danziger und polnischer Seite in dieser Frage herrschen, leider nicht zu beseitigen vermocht.

Obwohl die Auslegung der Verteilungskommission ausdrücklich festlegt, dass Motore, Dynamomaschinen, Dampfmaschinen mit Ausnahme eingebauter Maschinen und Inneneinrichtungen, die mit dem Gebäude eine Einheit bilden, Polen zufallen, behauptet man auf Danziger Seite, dass alle Motore, Dynamomaschinen u. s. w. ein unteilbares Ganzes mit dem Gebäude bilden und dass das Ganze des Bauwerks durch Entfernung der Maschinen beeinträchtigt würde.

Da die gegensätzliche Auffassung zwischen Danzig und Polen in dieser Frage prinzipieller Natur ist, hat sich die polnische Delegation bei der Verteilungskommission erneut an die Interalliierte Verteilungskommission mit der Bitte um eine endgültige Entscheidung, die alle gegensätzlichen Auffassungsmöglichkeiten endgültig aus der Welt schaffen würde, gewandt.

Die künftige Zusammensetzung des polnischen Reichstages.

Prof. Buzek rechnet auf Grund statistischen Materials mit einer Anzahl von 399 Abgeordneten für den künftigen polnischen Reichstag. Der Nationalität nach dürften im künftigen Sejm die Juden etwa 13, die Ruthenen Ostgaliziens etwa 41, die Ruthenen Woiwodiniens 14, die aus Polesie 5, die Weissrussen 8, die Deutschen 14, die Polen 307 Sitze erhalten, im ganzen 399.

Die Frage der Unifizierung des ehem. preuss. Teilgebiets.

Der Minister für das ehemals preussische Teilgebiet, Herr Dr. Wybicki, verfocht während einer Ministerratssitzung den Plan, das Ministerium für die ehem. preuss. Teilgebiete noch für 3 Monate beizubehalten und so die Unifizierung noch um einige Monate hinauszögern. Herr Dr. Wybicki begründete seine Auffassung damit, dass noch eine ganze Reihe von Fragen, die das ehem. preussische Teilgebiet betreffen, ungeregelt geblieben ist. Eine plötzliche Unifizierung könnte in diesem Stadium unangenehme politische Folgen in den Gebieten nach sich ziehen.

Starr hält an dem bisher vorgesehenen Termin der Auflösung des Teilmasteriums in Posen, d. h. dem 31. Dezember d. Js., besonders der Finanzminister Michalski fest.

Der Ministerrat dürfte in Bälde die endgültige Entscheidung über die Frage treffen, die solange die Geister in Posen und Pommerellen beschäftigt hat.

Die Bewaffnungsfrage ist ebenso unklar und gefährlich. Die Vernichtungsziffern sind nur schwer nachzuprüfen. Was kann eine Kontrollkommission von 600 Offizieren (4 Stationsämtern) schliesslich auch bei einem Volk von 60 Millionen übersehen. Seitdem die Kommission Nollet amtiert, finden andauernd Entdeckungen von verborgenen Geschützen, Maschinengewehren und Gewehren statt. Deutsche Behörden selbst pflegen wenig oder garnichts zu finden, auch ein Beweis des sogenannten „guten Willens“. 2 000 000 Geschosse wurden in der Fabrik Lanz entdeckt. In einer Garage in Cannstadt fand man ein neues deutsches Gewehrmodell in der Gestalt einer Jagdfinte, zu der die Kugeln des Infanteriemodels gut passen. In Spandau hat man vor nicht langer Zeit 500 000 Läufe für Maschinengewehre entdeckt und sie vernichten müssen. „Times“ weiss zu berichten, dass man dort neue 45 000 Läufe entdeckt habe.

In der Fabrik Rockstroh bei Heidenau hat man noch vor Kurzem 150 komplette Läufe mit Schlüsseln und 434 Läufe ohne Schlüssel entdeckt. Die letzteren waren Rohre von 105 mm. Haubitzen. Als die Offiziere der Kontrollkommission die Mauer aufzubrechen befahlen hinter der die Geschützrohre verborgen waren, haben sich dem sogar die sozialdemokratischen Arbeiter widersetzen wollen.

Es ist anzunehmen, dass Deutschland ein neues Modell eines 77 mm. Feldgeschützes gebaut hat. Leider hat man die Teile erst finden können, wie auch die Spuren von den weittragenden Geschützen völlig verloren gegangen sind, aus denen im Jahre 1918 die Deutschen Paris beschossen haben.

Als der französische Sozialdemokrat Leon Blum den gewaltigen Eindruck der Rede des Kriegsministers mit dem Hinweis auf die Friedensliebe der deutschen Sozialdemokraten abschwächen wollte, wiesen andere Redner darauf hin, dass die deutsche Sozialdemokratie 1914 mit ihrer Kriegsbegeisterung schon gründlich alle diesbezüglichen Illusionen zerstört habe.

Der jetzige Kriegsminister Frankreichs Barthou erhob sich nun und erklärte, dass die Angaben Briands in Washington und die Lefevres eben in der Kammer genau der Wahrheit entsprächen.

mennnehmen. Wenn die Oedenburger Angelegenheit beendet ist, dann wird eigentlich jede aktive Politik für uns aufgehört haben. Wir können weder eine Politik des Bündnisses mit Frankreich, noch eine solche mit Italien gegen Frankreich machen. Wir wollen mit allen unseren Nachbarn auf gutem Fusse leben. Da meinen wir, dass zunächst Deutschland und die Tschechoslowakei unser wichtigste Nachbar ist. Auf eine Frage, ob der Präsident, dabei an ein Bündnis denke, antwortete er, nein, nein, außer dem Handelsvertrag nicht.

Die französische Presse zum Widerstand Deutschlands in der Reparationsfrage.

Völliges Misserfolg der deutschen Anleiheversuche. — Vor neuen Zwangsmassnahmen?

Paris, 16. XII. (WTB). „Matin“ schreibt: Die Anleihe, die das deutsche Reich in London habe aufnehmen wollen sei nicht zustande gekommen. Sie habe nicht zustande kommen können, denn einem Lande, das sich selbst ruinirt, leide man nichts. Uebrigens haben die Bankiers der City kein Interesse daran, Deutschland zwei oder drei Verfallstage sicherzustellen. Deutschland suche zweifellos eine Kreditaktion, die verbunden wäre mit einer Erleichterung der deutschen Lasten. Die Lage ist nunmehr klar, sagt das Blatt. Die Reparationskommission muss, wenn sie über diese Frage diskutieren will, eine freiwillige Verfehlung feststellen. Der Friedensvertrag gibt ihr unter anderm das Recht, Deutschland Zahlungs-Aufschub zu gewähren, wenn bewiesen ist, dass es seine Zahlungsverpflichtungen nicht einhalten kann. Das entspricht aber der gegenwärtigen Lage nicht.

„Petit Parisien“ sagt, der Brief des Reichskanzlers enthält nichts Unvorhergesehenes, aber er habe wenigstens das Verdienst, die Lage klarzustellen, über die sich Briand und Lloyd George zu unterhalten hätten. Welche Entscheidung könne man empfehlen? England sei, um die Wiederaufnahme der Geschäfte und die Wiedererhebung des Kredits zu erleichtern, zu einer Revision des Zahlungsplanes vom Mai geneigt. Wenigstens sei augenblicklich die Rede von einer Kombination den Betrag der Schulden wesentlich herabzusetzen und zu gleicher Zeit einen Teil der deutschen Zahlungen darauf zu verwenden, die interalliierten Schulden zu besiegen. Obwohl die Annahme dieses Planes noch zweifelhaft sei, sei es wahrscheinlich, dass Frankreich und England glaubten, sich nach dieser Richtung orientieren zu müssen, aber gleichzeitig müssen England und Frankreich Rechnungslegung von der deutschen Regierung verlangen. Sie schreibt Elend in einer Zeit, in der nicht nur die Unordnung in ihren Finanzen fortbestehe, sondern in der ihr auch ein bisschen Energie Gelegenheit geben würde, mehrere Milliarden Goldmark an ausländischen Devisen zu erhalten, die sich in Deutschland selbst befinden, garnicht zu reden von den 1200 Milliarden Franken, die von deutschen Gesellschaften in der Schweiz eingezahlt wurden. Dass Blatt empfiehlt schliesslich eine Zusammenkunft aller interessierten Staaten. „Journal“ fragt, ob die gestrige Erklärung etwa den Zweck habe, die Solidarität des Widerstandes der Entente festzustellen, um zu sehen, bis wohin die Zwangsmassnahmen gehen könnten?

Wirtschaftlicher Teil.

Produktionsbericht.

Berlin, 16. XII. Wegen des Stundungsersuchens der deutschen Regierung und der infolgedessen eingetreteten scharfen Steigerung des Dollar-Kurses war auch im Produktionsgeschäft die Nachfrage für Getreide vormittags recht lebhaft. Aus gleichem Grunde wurde ein grosser Teil des Angebots zurückgezogen, sodass im Mittagsverkehr hieran ein grösserer Umsatz scheiterte. Ueberdies erlahmte auch die Unternehmungslust wegen des Rückgangs des Dollars von seinem höchsten Stande wieder. Die Weizen-, Roggen- und Haferpreise gingen merklich in die Höhe. Gerste war bei kleinem Angebot in guten Sorten viel gesucht. Für Mais konnten sich die am Vormittag erzielten Preise später nicht behaupten. Hülsenfrüchte blieben unverändert lustlos. Raps und Futterstoffe behaupteten ihren Preisstand.

Berlin, 16. XII. Devisenkurse. Amsterdam - Rotterdam 7292,70, Buenos Aires 64,90, Brüssel-Antwerpen 1483,50, Christiania 3096,90, Kopenhagen 3841,15, Stockholm 4857,60, Helsingfors 379,60, Italien 879,10, London 819,15, New York 194,80, Paris 1513,45, Schweiz 3756,20, Spanien 2852,85, Wien Dt. Oestr. abgest. 7,08, Prag 244,75, Budapest 29,97, Poln. Noten 5,90.

Danziger Devisen vom 15. Dezember.

Devise	16. 12. Geld	16. 12. Brief
Dollarnoten .	193,80	191,20
Telegr. Auszahl. London .	821,65	823,35
do. Amsterdam .	7172,80	7187,20
Kościuszko Noten . . .	5,96	5,99
Auszählung Warschau . . .	5,85%	5,91%
do. Posen . . .	—	—
do. Pommerellen . . .	—	—

Tendenz: Die heutige Börse bekundete eine schwankende Haltung. Polennoten setzten heute morgen mit 5,80 Geld ein, bewegten sich dann zwischen 6,35 und 6,10 Geld und gingen zur Mittagszeit (2 Uhr) auf 5,95 Brief, 5,90 Geld zurück. Dollarnoten setzten mit 190 Geld ein, stiegen bis auf 202 Geld und schwächten sich dann langsam ab. Gegen 2 Uhr wiesen Dollarnoten einen Stand von 190 Geld, 191 Brief auf.

Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Grismann in Danzig.
Druck „Towarzystwo Wydawnicze Pomorskie“.
Verlag „Zjednoczenie Wydawnicze Polskie w Gdańsku“.



Telegramme.

Die Ratifikation des Danzig-polnischen Vertrages noch vor den Weinachtsferien.

Die Darinavorlage in 3. Lesung angenommen.

Warschau, 16. XII. (AUE). Der polnische Reichstag beschloss noch vor Beginn der Weihnachtsferien das Projekt des Finanzministers und die Ratifikation des Danzig-polnischen Vertrages zu verabschieden.

Während der heutigen Sitzung hat der Sejm das Gesetz über die Vermögensabgabe nach dem Projekt des Finanzministers Michalski in dritter Lesung angenommen.

Unterbrechung der Verhandlungen in der Zollfrage.

Warszawa, 16. XII. (AUE). „Przegląd Wieczorny“ teilt mit, dass die Delegierten des polnischen Finanzministeriums, die in Danzig Verhandlungen mit dem Senat über Veränderungen im polnischen Zolltarif gehalten hatten, am 14. d. Mts. nach Warschau zurückgekehrt sind.

Ausser diesen Verhandlungen sind weitere Konferenzen in der Zollfrage in Aussicht gestellt.

Die klagliche Rolle Österreichs.

Kein Bündnis mit Deutschland.

Wien, 16. XII. (WTB). Die Blätter veröffentlichen Unterredungen mit den Staatsmännern bei der Zusammensetzung in Lana. Uebereinstimmend bringen sie eine Unterredung mit dem Bundespräsidenten Hainisch, welcher auf einige Fragen antwortete: Wir Österreicher können überhaupt keine aktive Aussempolitik treiben. Wir müssen uns vor allem einmal wirtschaftlich zusam-